

Dunkle Wolken über den lateinamerikanischen Demokratien: neueste Umfrage des "Latinobarometro" und die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA

Nolte, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nolte, D. (2001). *Dunkle Wolken über den lateinamerikanischen Demokratien: neueste Umfrage des "Latinobarometro" und die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA*. (Brennpunkt Lateinamerika, 18). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443401>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 18

28. September 2001

ISSN 1437-6148

Dunkle Wolken über den lateinamerikanischen Demokratien

Die neueste Umfrage des *Latinobarómetro* und die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA

Detlef Nolte

Die Folgen der Terroranschläge vom 11. September auf das World Trade Center in New York und das Pentagon werden auch wirtschaftliche sowie außen- und innenpolitische Auswirkungen in den lateinamerikanischen Staaten zeitigen. Vor diesem Hintergrund ist die Frage berechtigt, wie stabil die lateinamerikanischen Demokratien sind? Seit 1995/96 werden in fast ganz Lateinamerika in jährlichen Umfragen des dem Eurobarometer nachempfundenen Latinobarómetro die politischen Einstellungen der Bürger und Bürgerinnen in der Region erforscht. Die Ergebnisse der letzten Umfrage, die im April/Mai 2001 in 17 Ländern durchgeführt wurde, dokumentiert einen deutlichen Rückgang des Vertrauens in die demokratischen Institutionen – kein gutes Zeichen für Krisenzeiten. Zwar wurde in den vergangenen Jahren das demokratische Mauerwerk in der Form von Verfassungen und Gesetzen verstärkt, aber der Mörtel – die politischen Einstellungen und Werte –, der die Verfassungsbausteine zusammen hält, ist brüchig geworden. Im Verhältnis zu den USA gibt es zwar hohe Sympathiewerte, die Bereitschaft zu solidarischem Handeln nach den Attentaten fiel jedoch im Vergleich zu Europa wesentlich zögerlicher und eingeschränkter aus.

Die jüngsten Daten des *Latinobarómetro* für 2001 haben seit ihrer ersten Veröffentlichung im „Economist“ am 26. Juli für Aufsehen gesorgt. Während der „Economist“ seinen Bericht mit „An alarm call for Latin America’s democrats“ titulierte, warnte die „Financial Times“ (3. August) „support for democracy in Latin America receding“, der „Miami Herald“ sah in seiner spanischen Ausgabe vom 6. August „nubes negras

en la región“ und last not least verwies Mark Falcoff vom *American Enterprise Institute* in seinem monatlichen „Latin American Outlook“ im September auf „Latin Democracy and Its (Increasing) Discontents“. Leider sind diese dramatischen Überschriften gerechtfertigt, vor allem wenn man sich die Daten des *Latinobarómetro* genauer anschaut.

Das Verhältnis zu den USA vor und nach den Anschlägen: zögerliche Solidarität trotz hoher Sympathiewerte

Was das Verhältnis zu den USA betrifft – eine wichtige Frage in der augenblicklichen Weltkonjunktur –, äußerten immerhin rund 70% der befragten Lateinamerikaner und Lateinamerikanerinnen im aktuellen *Latinobarómetro* eine positive Meinung gegenüber dem nördlichen Nachbarn, gegenüber nur 53% im Jahr 1995. Der Anti-Amerikanismus ist in den 90er Jahren deutlich zurückgegangen.

Vor diesem Hintergrund überrascht, dass im Vergleich zu Europa die Solidaritätsbekundungen in Lateinamerika nach den Attentaten wesentlich gedämpfter ausfielen und auch die Bereitschaft, die USA in ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu unterstützen, stärker eingeschränkt und konditioniert blieb. Allerdings haben die USA in dieser kritischen Phase auch weniger Aufmerksamkeit auf Lateinamerika gerichtet – und es besteht das Risiko, dass Lateinamerika auf der politischen Agenda der Bush-Administration noch weiter an Bedeutung verlieren wird.

Nach einer weltweiten *Gallup*-Umfrage vom 14.-17. September in 30 Ländern unterstützte in den drei berücksichtigten lateinamerikanischen Ländern – Argentinien, Ecuador und Peru – weltweit der geringste Prozentsatz, weniger als 10%, militärische Aktionen gegen das Land, das den Terroristen Unterschlupf bietet. 77% der Argentinier war gegen eine Beteiligung an militärischen Aktionen der USA gegen Terroristen, 60% forderten von ihrer Regierung eine neutrale Haltung gegenüber den USA, nur 32% waren für die Unterstützung der Entscheidungen der US-Regierung (Informe Oppenheimer, *El Nuevo Herald* 20.11.2001; *La Nación* 19.11.2001, S. 10).

Immerhin haben die lateinamerikanischen Außenminister am 21. September einstimmig erklärt, dass Art. 3 des Rio-Vertrages (*Interamerican Treaty of Reciprocal Assistance*) zur Anwendung kommt, aber die Form der Unterstützung – außer der Verhaftung von Personen, die der Beteiligung an den Anschlägen vom 11. September verdächtigt werden – offen gelassen. Wörtlich heißt es in der Entschließung: „*I. That these terrorist attacks against the United States are attacks against all American states and that in accordance with all the relevant provisions of the Inter-American Treaty of Reciprocal Assistance (Rio-Treaty) and the principle of continental solidarity, all States Parties of the Rio Treaty shall provide effective reciprocal assistance to address such attacks and the threat of any similar attacks against any American state, and to maintain the peace and security of the continent*“ (siehe: <http://www.oas.org>).

In gewisser Weise gilt für die anderen lateinamerikanischen Länder das Gleiche, was der chilenische Politikwissenschaftler Patricio Navia unter der Überschrift „*Geschäftspartner oder Freunde?*“ kritisch zum Verhalten seines eigenen Landes gegenüber den USA bemerkt hat: „*Wenn es darum geht, auf ein Fest zu gehen, wollen wir bilaterale und exklusive Beziehungen mit der Jungfrau. Aber, wenn es darum geht, sie ins Krankenhaus zu besuchen, trauern wir uns nicht, allein hinzugehen, sondern wir kommen als Gruppe. Wir sind nicht einmal in der Lage, die Gruppe anzuführen*“ (*La Tercera* 23. September 2001).

Die zögerliche Haltung könnte die lateinamerikanischen Regierungen auf mittlere Sicht Sympathien in den USA kosten (vgl. Informe Oppenheimer, in: *El Nuevo Herald* 17.9.2001); zumal die *emerging markets* besonders unter den Folgen der Anschläge für die Weltwirtschaft leiden dürften oder das Risiko besteht, die Beziehungen auf US-Seite vor allem unter Sicherheitsgesichtspunkten zu betrachten. Zu den Hauptgeschädigten gehört sicherlich Mexiko, dessen „*special relationship*“ zu den USA relativiert wurde. Zugleich sind die Hoffnungen auf offenere Grenzen zwischen beiden Ländern, wie sie noch vor kurzem gehegt wurden, verschwunden. Allerdings könnte bei einer optimistischen Sichtweise, der US-Präsident in der aktuellen politischen Konstellation eher vom Kongress die angestrebte *Trade Promotion Authority* für die ALCA-Verhandlungen erhalten und auf US-Seite die Bereitschaft zunehmen, zur Wiederbelebung der Weltkonjunktur Handelserleichterungen zu gewähren.

Quellen:

Rosendo Fraga, América Latina y el conflicto mundial, 20. September 2001 (<http://www.nuevamayoria.com>).

Informe Oppenheimer, Latinoamérica en al hora de las definiciones, in: *El Nuevo Herald*, 17. September 2001 (<http://www.miami.com/elnuevoherald/content/noticias/americas/oppenheimer/>).

Informe Oppenheimer, Bush y el desafío antiamericano, in: *El Nuevo Herald*, 20. September 2001 (<http://www.miami.com/elnuevoherald/content/noticias/americas/oppenheimer/>).

Patricio Navia, ¿Socios o Amigos?, in: *La Tercera*, 23. September 2001 (<http://www.tercera.cl/diario/2001/09/23/t-23.03.3a.REP.SOCIOS.html>).

Arkady Ostrovsky, Emerging markewts left vulnerable after attack, in: *Financial Times* 17. September 2001 (<http://news.ft.com>).

Maria Pena, Relaciones con la región pasan a segundo plano, in: *El Nuevo Herald*, 19. September 2001 (<http://www.miami.com/elnuevoherald/>).

Gerardo Reyes, La campana antiterrorista contagia a América Latina, in: *El Neuvo Herald* 18. September. (<http://www.miami.com/elnuevoherald/>).

Arturo Valenzuela, El efecto de los ataques terroristas sobre el panorama político de Wahington: la nueva realidad, 21. September 2001 (<http://www.nuevamayoria.com>).

„La gente prefiera la extradición a un ataque“; Seis de cada diez dicen que el país debería mantener la neutralidad en el conflicto“, in: *La Nación* 19. September 2001, S. 10.

http://www.lanacion.com.ar/01/09/19/dx_336386.asp; http://www.lanacion.com.ar/01/09/19/dx_336387.asp.

Mehr Demokratie, aber weniger Demokraten

Zu Beginn der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts zeigt sich in Lateinamerika ein markanter Widerspruch. Während in der Außenwahrnehmung der Region ein Fortschritt im Hinblick auf die Verankerung von Freiheitsrechten wahrgenommen wird, nimmt die Zahl der Anhänger der

Demokratie in der Region – in einigen Ländern dramatisch – ab. So sind nach den Werten des Freiheitsindex von *Freedom House*, der auf Experteneinschätzungen beruht, in den vergangenen beiden Jahren leichte Fortschritte in Lateinamerika zu verzeichnen.

Freiheitsindex von Freedom House, 1999-2001

Land	1999-2000			2000-2001		
	P	B	FG	P	B	FG
Argentinien	2	3	F	1	2	F
Bolivien	1	3	F	1	3	F
Brasilien	3	4	TF	3	3	F
Chile	2	2	F	2	2	F
Costa Rica	1	2	F	1	2	F
Dominikanische Republik	2	3	F	2	2	F
Ecuador	2	3	F	3	3	TF
El Salvador	2	3	F	2	3	F
Guatemala	3	4	TF	3	4	TF
Honduras	3	3	TF	3	3	TF
Kolumbien	4	4	TF	4	4	TF
Kuba	7	7	NF	7	7	NF
Mexiko	3	4	TF	2	3	F
Nikaragua	3	3	TF	3	3	TF
Panama	1	2	F	1	2	F
Paraguay	4	3	TF	4	3	TF
Peru	5	4	TF	3	4	TF
Uruguay	1	2	F	1	1	F
Venezuela	4	4	TF	3	5	TF

P = Politische Rechte; B = Bürgerrechte; Freiheitsgrad (FG): F = frei; TF = teilweise frei; NF = nicht frei; Skala von 1 (hohes Ausmaß an Freiheit) bis 7 (geringes Ausmaß an Freiheit).

Quelle: Freedom House (<http://www.freedomhouse.org>).

Demgegenüber ist nach den Umfragen des Lati-nobarómetro in den Jahren 2000 und 2001 der Anteil derjenigen in Lateinamerika zurückgegangen, die die Demokratie ohne Wenn und Aber unterstützen.

Dramatisch ist der Rückgang in Argentinien, Brasilien (im Vergleich zu 1998), Chile, El Salvador, Guatemala, Kolumbien, Nikaragua, Panama und Paraguay. In Costa Rica hält sich die Zustimmung zur Demokratie trotz eines Rückgangs um 12-Prozentpunkte auf einem hohen Niveau. Dies gilt auch für Uruguay. Ein leichter Rückgang – bei einem immer noch relativ hohen Zustimmungsniveau – war in Honduras, Peru und Venezuela zu verzeichnen. Mexiko war das einzige Land, das eine leichte Zunahme der Unterstützung für die Demokratie aufweist. Die in einigen Ländern über die Jahre sehr großen Schwankungen in den Zustimmungswerten zur Demokratie lassen vermuten, dass in diesen Ländern mit

dieser Frage eher die Zufriedenheit mit der jeweiligen Regierung als die Zustimmung zum politischen System erfasst wird.

Insgesamt hat die **Unterstützung für die Demokratie** in Lateinamerika von **60%** im Jahr 2000 (1998: 62%; 1996 61%) **auf 48%** abgenommen. Zugenommen hat im lateinamerikanischen Durchschnitt vor allem die Zahl der Indifferenten, von jeweils 16% in den Jahren 1996 und 1998 auf 17% im Jahr 2000 und 21% im Jahr 2001. Weitere 12% (2000: 5%) der Befragten äußerten keine Meinung. Es spricht einiges dafür, diese Gruppe auch zu den Indifferenten hinzuzurechnen. Kaum angestiegen ist im lateinamerikanischen Durchschnitt der Anteil der Anhänger einer autoritären Option: von 17% im Jahr 2000 auf 19% (2001).

Befürworter von Demokratie und autoritären Systemen in Lateinamerika

Mit welcher der folgenden Aussagen sind Sie eher einverstanden?

- Die Demokratie ist jeglicher anderen Regierungsform vorzuziehen.
- Unter bestimmten Bedingungen ist eine autoritäre Regierung einer demokratischen vorzuziehen.
- Für Leute wie mich macht es keinen Unterschied zwischen einem demokratischen und einem autoritären Regime.

	Demokratie						Autoritäres System					
	1995	1996	1997	1998	2000	2001	1995	1996	1997	1998	2000	2001
Argentinien	76	71	75	73	71	58	11	15	15	16	16	21
Bolivien	--	64	66	55	62	54	--	17	16	22	13	17
Brasilien	41	50	50	48	39	30	21	24	19	18	24	18
Chile	52	54	61	53	57	45	19	19	16	16	19	19
Costa Rica	--	80	83	69	83	71	--	7	9	21	6	8
Ekuador	--	52	41	57	54	40	--	18	23	19	12	23
El Salvador	--	56	66	79	63	25	--	12	13	10	10	10
Guatemala	--	51	48	54	45	33	--	21	26	29	21	21
Honduras	--	42	63	57	64	57	--	14	17	9	15	8
Kolumbien	--	60	69	55	50	36	--	20	13	17	23	16
Mexiko	49	53	52	51	45	46	15	23	31	28	34	35
Nikaragua	--	59	68	72	64	43	--	14	19	9	6	22
Panama	--	75	71	71	62	34	--	10	10	8	18	23
Paraguay	52	59	44	51	48	35	20	26	42	36	39	43
Peru	52	63	60	63	64	62	23	13	16	12	13	12
Uruguay	80	80	86	80	84	79	8	9	7	9	9	10
Venezuela	60	62	64	60	61	57	21	19	17	25	24	20

Quelle: *Latinobarómetro 1995-2001*; Tabelle abgedruckt im „Economist“ vom 26. Juli 2001.

Somit können im Jahr 2001 im lateinamerikanischen Durchschnitt **nur knapp die Hälfte** der Befragten zu den genuinen **Anhängern der Demokratie**, ca. **ein Drittel** zu den **Indifferenten** und knapp **ein Fünftel** zu den **für autoritäre Lösungen Anfälligen** gerechnet werden. Problematisch wird die Lage, wenn sich das Drittel Indifferenten auf autoritäre Lösungen einlässt oder diesen zumindest keinen Widerstand entgegensetzt – und sei es nur durch die Nichtbeteiligung an Wahlen.

Im Rückgang der bedingungslosen Zustimmung zur Demokratie und im Anstieg der Zahl der Indifferenten schlägt sich die **wachsende Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der demokratischen Systeme** wider. Mitte der 90er Jahre hatten die Befragten in ihren Antworten noch klar unterschieden: So waren 1996 im lateinamerikanischen Durchschnitt nur 27% der Befragten mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden, aber 62% unterstützten die Demokratie. Im Jahr 1997 stieg die Zufriedenheit dann auf 41% an, um danach in den Jahren 1998 und 2000 auf jeweils 37% zurückzugehen. Im *Latinobarómetro* von 2001 äußerten sich dann **nur noch 25%** der befragten Lateinamerikaner/innen

mit der Funktionsweise der Demokratie **zufrieden**, wobei sich zwischen den Ländern interessante Unterschiede zeigten.

Grad der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie (in % der Befragten)

Uruguay	55%
Costa Rica	51%
Venezuela	41%
Honduras	36%
Mexiko	26%
LATEINAMERIKA	25%
Nikaragua	24%
Chile	23%
Brasilien	21%
El Salvador	21%
Panama	21%
Argentinien	20%
Bolivien	16%
Guatemala	16%
Peru	16%
Ekuador	15%
Paraguay	10%
Kolumbien	10%

Quelle: *Latinobarómetro 2001*.

Niedrige Zufriedenheitswerte mit der Funktionsweise schlagen sich in der Regel auch in einem deutlichen Rückgang der Zustimmung zur Demokratie nieder. Länder mit höheren Zufriedenheitswerten hinsichtlich der Funktionsweise der Demokratie – wie vor allem Uruguay und Costa Rica, aber auch Venezuela und Honduras – weisen demgegenüber in der Regel auch einen höheren Grad der Zustimmung zur Demokratie als präferiertem politischen System auf. Eine Ausnahme bildet Peru. Hier hat die Ablösung von Fujimori dazu beigetragen, dass die Zustimmung zum demokratischen System nur leicht zurückgegangen ist und im lateinamerikanischen Vergleich immer noch hoch ausfällt – trotz Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis.

Es überrascht, dass Venezuela unter Hugo Chávez in der Binnenwahrnehmung seiner Bürger ein im lateinamerikanischen Vergleich recht hohes Ausmaß an Zustimmung zur Demokratie und Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie aufweist, obgleich das Land in der Bewertung durch Experten bei den bürgerlichen

Freiheitsrechten nach Kuba den zweitschlechtesten Wert in Lateinamerika erhält.

Die Demokratie kann man nicht essen

Die schlechte Bewertung der Funktionsweise der Demokratie und die wachsende Indifferenz gegenüber dem politischen Regimetypus dürften nicht zuletzt auf die schlechte Performanz der lateinamerikanischen Regierungen in den 90er Jahren vor allem im wirtschaftlichen Bereich und bei der Bekämpfung der Armut zurückzuführen sein. Dazu kommen als zusätzliche Leistungsdefizite die immer noch endemische Korruption und die Verschärfung der Kriminalitätsproblematik in der Region (vgl. *Brennpunkt Lateinamerika* 08-2000). Von 17 berücksichtigten lateinamerikanischen Ländern finden sich nach Daten von *Transparency International* unter insgesamt 91 Ländern nur vier in der oberen Hälfte (>4,0 Punkte) auf der Korruptionsskala (0 = sehr korrupt; 10 = nicht korrupt), d.h. unter den weniger korrupten Ländern (<http://www.gwdg.de/~uwww/icr.htm>).

Wachstum des BIP in Lateinamerika, 1991-2000

Land	1998	1999	2000	1991-2000
Argentinien	3,8	-3,4	-0,5	4,1
Bolivien	5,2	0,5	1,8	3,8
Brasilien	0,1	0,7	4,5	2,6
Chile	3,6	-0,1	4,9	6,1
Costa Rica	8,2	8,0	1,7	4,9
Dominikanische Republik	7,3	8,0	7,8	5,9
Ecuador	1,0	-9,5	2,8	1,7
El Salvador	3,5	3,4	1,9	4,3
Guatemala	5,1	3,6	3,1	4,1
Honduras	3,3	-1,5	4,8	3,2
Kolumbien	0,8	-3,8	2,3	2,5
Kuba	1,3	6,8	5,7	-1,5
Mexico	5,1	3,7	7,0	3,6
Nikaragua	4,1	7,4	4,7	3,5
Panama	4,6	3,2	2,8	4,5
Paraguay	-0,6	-0,1	-0,7	1,8
Peru	-0,5	0,9	3,0	4,1
Uruguay	4,3	-3,3	-1,7	2,9
Venezuela	0,7	-5,8	4,0	2,4
LATEINAMERIKA	2,3	0,4	4,1	3,2

Quelle: CEPAL, Estudio económico de América Latina y el Caribe, 2000-2001, Santiago de Chile, August 2001 (<http://www.eclac.org>).

Zwar war die wirtschaftliche Bilanz in den 90er Jahren in Lateinamerika deutlich besser als in den 80er Jahren, als in vielen Ländern das Sozialprodukt stagniert hatte oder sogar zurückgegangen war. Gleichwohl lag die durchschnittliche

Wachstumsrate des BIP mit 3,2% deutlich unter den 4,4%, die zur Halbierung der Anteile der Armen an der Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren in Lateinamerika für notwendig erachtet werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die

Wachstumsraten in fast allen lateinamerikanischen Ländern Ende der 90er Jahre deutlich zurückgingen, in einigen Ländern sogar negative Werte aufwiesen. Nach der wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2000 wurde nach Schätzungen der CEPAL vom August 2001 nur noch mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2% im laufenden Jahr gerechnet. Nach den Anschlägen von New York und Washington haben sich die wirtschaftlichen Perspektiven Lateinamerikas für 2001 und das kommende Jahr erneut verschlechtert. Ende September hat die CEPAL ihre Wachstumsprognose für 2001 auf 0,5 bis 1% reduziert (<http://www.tercera.cl/diario/2001/09/26/t-26.22.3a.ECO.CEPAL.html>).

1999 ging die CEPAL in ihrem *Panorama Social 2000-2001* (www.cepal.org) von einem Anteil von 44% Armen an der lateinamerikanischen Bevölkerung aus (1998: 48%). Durch den wirtschaftlichen Einbruch im laufenden Jahr ist auf mittlere Sicht mit keiner entscheidenden Verbesserung der Armutsproblematik zu rechnen. Die offene städtische Arbeitslosigkeit lag Ende 2000 im lateinamerikanischen Durchschnitt mit 8,9% höher als während der Verschuldungskrise Mitte der 80er Jahre (1985: 8,3%) und deutlich höher als zu Beginn der 90er Jahre (1990: 5,7%). In einigen Ländern – Argentinien, Ekuador, Venezuela – erreichte die Arbeitslosenquote im Jahr 2000 sogar 15%, in Kolumbien 20%. Rund 46% der Arbeitnehmer entfielen 1999 auf den informellen Wirtschaftssektor (1990: 43%) (<http://www.ilolim.org.pe/spanish/260ameri/publ/panorama/2000/index.html>).

Die unzureichende wirtschaftliche Bilanz und die Defizite in den anderen genannten Bereichen schlagen sich auch in den Umfrageergebnissen des Latinobarómetro wider:

- Rund **60% der befragten Lateinamerikaner sehen die wirtschaftliche Lage in ihrem Land als schlecht oder sehr schlecht an.**
- Zwar finden die Marktwirtschaft (52%) und ausländische Investitionen (66%) immer noch eine mehrheitliche Zustimmung, skeptisch werden mittlerweile aber die Ergebnisse der Privatisierungen von Staatsunternehmen gesehen.
- Auf die Frage, „falls Sie zwischen Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung wählen müssten, was würden Sie sagen, ist wichtiger?“ nannten in Lateinamerika 51% der Befragten, die wirtschaftliche Entwicklung, 25% die Demokratie und 18% beides (w.n./k.A.).

- Vier von fünf Befragten waren der Meinung, dass die **Korruption, der Drogenkonsum und die Kriminalität in den vergangenen drei Jahren erheblich zugenommen haben**, zwei von fünf Befragten erklärten sogar, sie oder ein Familienmitglied seien in den vergangenen zwölf Monaten Opfer eines Verbrechens geworden.
- Nur einer von vier Befragten (26%) war der Meinung, „dass man sich im allgemeinen darauf verlassen kann, dass die Personen, die das Land führen, die Dinge richtig machen“. 68% teilten diese Meinung nicht (w.n./k.A. 6%). Nimmt man das Vertrauen in politische Institutionen, so vertrauten 2001 gerade einmal 30% (1996: 39%) der Lateinamerikaner ihrem Präsidenten, 27% (1996: 33%) der Justiz, 24% (1996: 33%) dem Kongress und 19% (1996: 20%) den Parteien. Noch weniger, nämlich **nur 17%** (1996: 20%), **vertrauten allerdings ihren Mitbürgern.**

Die Durchschnittswerte verbergen – ähnlich wie die Bewertung der Demokratie – jedoch beträchtliche Unterschiede innerhalb Lateinamerikas, wie sie sich beispielsweise in der insgesamt geringen Wertschätzung des Kongresses widerspiegeln:

Vertrauen in das Parlament

Uruguay	46%
Venezuela	37%
Chile	33%
Costa Rica	29%
Mexiko	25%
Panama	25%
El Salvador	24%
LATEINAMERIKA	24%
Nikaragua	24%
Brasilien	23%
Peru	23%
Honduras	23%
Paraguay	18%
Argentinien	17%
Bolivien	16%
Kolumbien	14%
Guatemala	13%
Ekuador	9%

Quelle: *Latinobarómetro* 2001.

- Die bei weitem **höchsten Vertrauenswerte** (72%; 1996: 74%) erhielt die **Kirche**, gefolgt vom **Fernsehen** (48%; 1996: 50%) und den **Streitkräften** (38%; 1996: 42%).

Sympathiegewinne des Militärs

Die kritische Bewertung der demokratischen Institutionen in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder kontrastiert mit einer **relativ positiven Einschätzung des Militärs**, wobei allerdings auch hier von Land zu Land teilweise beachtliche Variationen zu beobachten sind. Besonders hohe Vertrauenswerte erhalten die Militärs in Ländern, die aktuell eine politische Krise durchlaufen und in denen die politischen Institutionen besonders diskreditiert sind: in Ecuador, in Brasilien (Korruptionsskandale) und in Paraguay. In Venezuela nahm die Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen in der zweiten Hälfte der 80er und in den 90er Jahren zu. Auf dieser Welle der Unzufriedenheit gelangte Hugo Chávez auf demokratischem Wege an die Macht.

Viel oder etwas Vertrauen in die Streitkräfte (in % der Befragten)

	1998	2001
Ecuador	63	60
Venezuela	59	55
Brasilien	52	53
Kolumbien	40	49
Paraguay	36	48
Chile	48	46
Uruguay	38	44
Mexiko	38	39
El Salvador	35	39
LATEINAMERIKA	--	38
Panama	24	33
Argentinien	25	32
Peru	38	30
Bolivien	36	29
Honduras	41	26
Nikaragua	24	25
Guatemala	36	21
Costa Rica	14	11

Quelle: *Latinobarómetro* 1998; 2001.

Demokratie: Immer noch „the only show in town“?

In Anlehnung an das häufig zitierte Diktum von Juan Linz und Alfred Stepan, nach dem sich die

Konsolidierung einer Demokratie daran zeige, dass „*democracy has become the only game in town*“, stellt Mark Falcoff trotz der bedenklichen Ergebnisse der Umfragen des *Latinobarómetro* fest, dass die Demokratie auch im Jahr 2001 immer noch „*the only show in town*“ sei und behauptet: „*that even if democracy as a system is declining in popular esteem, nondemocratic alternatives are simply not on the agenda.*“ Andere Autoren, wie Andrés Oppenheimer in seinem Kommentar im „El Nuevo Herald“ vom 13. August 2001 trösteten sich damit, dass sich nach Umfragen des *Latinobarómetro* nur 14% der Lateinamerikaner und Lateinamerikanerinnen „links“ der Mitte einstufen, 1996 waren es 20%. Auf das politische Zentrum entfallen 34% und rechts der Mitte stufen sich 31% (1996: 24%) ein.

Blickt man auf die 90er Jahre zurück, so gilt anzumerken, dass die Gefährdung der Demokratie eher von rechts erfolgte bzw. durch Politiker, wie etwa Chávez in Venezuela, Fujimori in Peru oder auch Menem in Argentinien, die nicht so richtig unter das klassische Links-Rechts-Schema fallen. Der traditionelle Militärputsch, dessen geringe Wahrscheinlichkeit Falcoff seiner optimistischen Aussage zu Grunde legt, ist nicht die Hauptgefahr für Lateinamerikas Demokratien. Die 90er Jahre zeigen, dass die schrittweise Erosion demokratischer Institutionen von Innen heraus – durch Korruption, Gleichschaltung der Justiz bzw. den nachträglich demokratisch legitimierten Putsch (oder die Putschdrohung) von Seiten der Exekutive, im ekuadorianischen Fall auch der Legislative, gegen andere demokratische Staatsorgane – die eigentliche Gefährdung der Demokratie darstellt. Autokraten putschen sich nicht mehr an die Macht, sondern werden vom Volk an die Macht gewählt.

In diesem Zusammenhang muss als bedenklich angesehen werden, dass seit 1997 in den Umfragen des *Latinobarómetro* der Anteil derjenigen zurückgeht, die der Meinung sind, ohne Kongress oder Parteien könne es keine Demokratie geben.

	1997	1999-2000	2001
Ohne Kongress kann es keine Demokratie geben	63%	57%	50%
Ohne Parteien kann es keine Demokratie geben	62%	57%	49%

Quelle: *Latinobarómetro* 2001.

Für Lateinamerika muss das Diktum von Linz/Stepan und Falcoff insofern modifiziert werden, dass die Demokratie zwar weiterhin „*the only game/the only show in town*“ ist. Das demokratische Spiel wird allerdings mit sehr unterschiedlichen, manchmal stark manipulierten

Spielregeln gespielt, so dass zuweilen die Frage gestellt werden muss, ob mit der „demokratischen Show“ nicht undemokratische Entscheidungsstrukturen kaschiert werden, die dann irgendwann offen zutage treten.

Quellen:

„An alarm call for Latin America’s democrats“, in: The Economist 26. Juli 2001 (<http://www.latinobarometro.org/iniarticulos.htm>).

Informe Oppenheimer, ¿Se está ‚izquierdizando‘ la región?, in: El Nuevo Herald 13. August 2001 (<http://www.miami.com/elnuevoherald/content/noticias/americas/oppenheimer/>); englische Fassung aus dem Miami Herald unter <http://www.latinobarometro.org/iniarticulos.htm>.

Informe Oppenheimer, Memo al presidente Bush: nubes negras en la región, in: El Nuevo Herald 6. August 2001 (<http://www.miami.com/elnuevoherald/content/noticias/americas/oppenheimer/>), englische Fassung aus dem Miami Herald unter <http://www.latinobarometro.org/iniarticulos.htm>.

Mark Falcoff, Latin Democracy and Its (increasing) Discontents (AEI Latin American Outlook), Washington D.C. September 2001 (<http://www.aei.org/lao/lao13255.htm>).

Marta Lagos, ¿Que vadis América Latina ? El estudio de la opinión pública regional en el Latinobarómetro, in: Contribuciones 16, 2/1999, 31-54.

Marta Lagos, Between Stability and Crisis in Latin America, in: Journal of Democracy 12.1, January 2001, 137-145 (<http://www.latinobarometro.org/iniarticulos.htm>).

Latinobarómetro 2001, Informe de Prensa, Santiago de Chile 2001 (<http://www.latinobarometro.org/ano2001.htm>).

„Support for Democracy in Latin America ‘receding’“, in: Financial Times 3. September 2001 (<http://www.latinobarometro.org/iniarticulos.htm>).

Frühere Brennpunkte zum Thema:

Stabile Demokratien in Lateinamerika? (Peter Thiery), *Brennpunkt Lateinamerika* 06-2000.

Ursachen und Folgen mangelnder Rechtssicherheit und hohe Kriminalitätsraten in Lateinamerika (Detlef Nolte), *Brennpunkt Lateinamerika* 08-2000.

Autorennotiz: Prof. Dr. Detlef Nolte; stellvertretender Direktor des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Privatdozent für Politische Wissenschaft und Mitglied der Gemeinsamen Kommission Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg; zu Forschungsschwerpunkten und aktuellen Veröffentlichungen siehe <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>; E-Mail: detlef_nolte@public.uni-hamburg.de.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglasis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>